

**Dr. Michael Linhart**  
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.677.104

Wien, am 24. November 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. September 2021 unter der Zl. 8041/J-NR/2021 an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Unterstützung der Zivilgesellschaft in Belarus“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 2:**

- *Welche zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt Österreich in Belarus? Welche Art von Unterstützung wird für diese Organisationen bereitgestellt? Bitte um genaue Auflistung.*
- *Auf welche Summe beläuft sich die österreichische Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen in Belarus? Bitte um Aufschlüsselung der Summen pro Organisation. Wie viel von dieser Unterstützung wird direkt von Österreich an die Organisationen bereitgestellt? Wie viel von dieser Unterstützung wird über andere, multilaterale Foren bereitgestellt? Um welche Foren handelt es sich?*

Österreich setzt sich nachdrücklich für Menschen- und Grundrechte, für eine Demokratisierung, für Rede- und Versammlungsfreiheit sowie für freie Medien in Belarus ein und unterstützt im Rahmen seiner Möglichkeiten die Zivilgesellschaft. So pflegt die Österreichische Botschaft in Minsk intensive Kontakte zu unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dies ist angesichts der anhaltenden Repressionswelle, welche von Österreich und der Europäischen Union (EU) immer wieder aufs Schärfste verurteilt wird, verbunden mit dem Verbot zahlreicher Organisationen in Belarus, mittlerweile schwieriger geworden. Bereits Ende 2020 und Anfang 2021 unterstützte das Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten (BMEIA) das in Wien ansässige International Center for Advanced and Comparative EU-Russia/NIS Research Institute bei der Durchführung eines Runden Tisches mit Vertreterinnen und Vertreter der belarussischen Opposition sowie einer Veranstaltung mit dem Titel „Belarus – EU: Auswege aus der Krise“ mit insgesamt 7.500,- Euro.

Darüber hinaus fazilitiert das BMEIA eine Serie von Seminaren zur Ausarbeitung eines modernen, westlichen Standards entsprechenden Verfassungsentwurfes für Belarus unter breiter Einbindung internationaler und belarussischer Expertinnen und Experten, welche in einer vorläufigen Abschlussveranstaltung im November d. J. kulminieren soll. Für diesen Prozess wurden insgesamt rund 19.500,- Euro zur Verfügung gestellt. Die Ausarbeitung einer solchen Verfassung erfolgt inklusiv und transparent, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sind eingeladen, sich mit Kommentaren und Vorschlägen zu beteiligen.

Des Weiteren unterstützt Österreich die Einrichtung einer von europäischen und belarussischen Nichtregierungsorganisationen getragenen „International Accountability Platform“ für Belarus mit insgesamt 30.000 Euro. Diese Plattform dient der Sammlung, Konsolidierung, Überprüfung und dem Erhalt von Informationen zu Menschenrechtsverletzungen in Belarus seit August 2020 für eine etwaige spätere Strafverfolgung. Österreich kommt damit einer der zentralen Forderungen der Zivilgesellschaft nach, nämlich Maßnahmen gegen die Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen gegen die Opposition, die Demokratiebewegung, die Zivilgesellschaft und freie Medien zu setzen.

Österreich unterstützte im Dezember 2020 u.a. auch die Kinderstation des Landeskrankenhauses Korma mit einer humanitären Spende in Höhe von 5.000,- Euro für COVID-Ausstattung (Schutzausrüstung, ein Luftzirkulator, Bakteriozider, Bestrahler und eine Sauerstoffflasche).

### **Zu den Fragen 3 bis 5:**

- *Zivilgesellschaftliche Organisationen leiden unter einem chronischen Finanzierungsproblem, da sie keine finanzielle Unterstützung erhalten (können). Wie begegnet Österreich dieser Herausforderung?*

*Stellt Österreich belarussischen NGOs finanzielle Hilfe in Form von Kryptowährungen zur Verfügung?*

*Wenn nein, warum nicht?*

- *Wie stellt Österreich sicher, dass Organisationen, die unterstützt werden, echte zivilgesellschaftliche Organisationen und keine vom Regime gestützten Organisationen sind?*
- *Stellt Österreich andere, nicht monetäre, Leistungen, z.B. Trainings, zur Verfügung?*

Österreich leistet keine direkten finanziellen Zahlungen an zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern unterstützt diese – wie oben beschrieben – in der Durchführung konkreter Veranstaltungen und Initiativen sowie in Form regelmäßiger enger Kontakte und Dialoge. So plant Österreich in Abstimmung mit dem Team der Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaya für Ende November 2021 eine Internationale Belarus-Konferenz. Ziel der Konferenz ist es, einen positiven Beitrag zur aktuellen Situation in Belarus zu leisten und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die negative Spirale, in der sich Belarus seit den Präsidentschaftswahlen von 2020 befindet, beendet werden könnte. Dabei sollen u.a. Möglichkeiten für einen inklusiven Dialog mit dem Ziel eines freien, demokratischen und prosperierenden Belarus aufgezeigt werden. Darüber hinaus laufen derzeit Planungen an, wie man im Exil lebenden Personen aus Belarus konkrete Unterstützung in Form von Aus- bzw. Weiterbildung anbieten kann.

#### **Zu Frage 6:**

- *In welcher Form beteiligt sich Österreich an der Hilfe der EU für die Zivilgesellschaft in Belarus?*

Die Europäische Union hat insgesamt ein Maßnahmenpaket in Höhe von 3 Mrd. Euro zur wirtschaftlichen Unterstützung eines demokratischen Belarus in Aussicht gestellt. Dies soll Belarus bei der demokratischen Umgestaltung seiner Institutionen helfen. Die Unterstützung der Zivilgesellschaft, einschließlich der Stärkung ihrer Rolle bei der Entscheidungsfindung auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen und ihrer Überwachungsfunktion sowie die Unterstützung für freie und unabhängige Medien werden dabei auch im Mittelpunkt der EU-Maßnahmen stehen. Österreich beteiligt sich an dieser Hilfe der EU.

Dr. Michael Linhart



